

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 15, 29. Juli 1998

rechts

Einblicke

Rechte Aufrüstung

Von Gabriele Nandlinger

Unter den 43 vom Bundeswahlleiter vorläufig zur Bundestagswahl zugelassenen Parteien tummeln sich ein gutes Drittel ultrarechte bis rechtsextreme Formationen. Die meisten von ihnen werden aller Voraussicht nach unter ferner liefen abschneiden und öffentlichkeitswirksam kaum in Erscheinung treten. Für den bundesweit mobilisierenden „Bund Freier Bürger“ dürfte die Wahl zum Stimmungsbarometer werden, inwieweit es ihm gelungen ist, das nationalliberale bzw. rechtskonservative Potential aufzusaugen.

Eng wird es dieses Mal im rechtsextremen Spektrum. Neben diversen Kleingruppierungen wie beispielsweise die Sammelbewegung „Bündnis für Deutschland“ wollen im September gleich alle drei der bekannten Parteien antreten: die „Republikaner“, die sich von den wiederum extremeren Konkurrenten abzugrenzen trachten, die verjüngte NPD, die neuerdings vor allem im Osten wieder unerhoffte Präsenz zeigt, und schließlich die „Deutsche Volksunion“, die sich seit dem Erfolg von Magdeburg in einem Höhenrausch wähnt. Diesem Eindruck scheinen wohl auch diverse abgehalfterte Politrecken nachgegeben zu haben, die - jedenfalls in der überwiegenden Zahl - vorher an führender Stelle bei den REP aktiv waren (Franz Schönhuber, Rudolf Krause, Otmar Wallner etc.), bevor sie dort abserviert wurden. Daß ausgerechnet jetzt die Partei des Münchner Verlegers und Geschäftemachers Gerhard Frey als Plattform für einstmals in herzlichster Feindschaft verbundene Rechtsextremisten dienen soll, ist grotesk. Aber vermutlich glauben beide Seiten, davon profitieren zu können. Die blutleere DVU erhält endlich im rechtsextremen Umfeld bekannte Zugpferde, die wiederum sehen sich offenbar auf dem finanziell geebneten Weg in Richtung der parlamentarischen Fleischtöpfe. Allem Anschein nach glaubt sich die extreme Rechte im Aufwind. Da sich aber die Parteien gegenseitig die Stimmen abjagen, ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß keine von ihnen am 27. September ihr Ziel erreichen wird.

Raubgold-Akten

Dokumente, die eng mit den Verbrechen der Nationalsozialisten verbunden waren, sind spurlos verschwunden.

Seite 2 ■

Schöne Ferien

Die rassistischen „Ludendorffer“ machen mit ihrem neu erworbenen Anwesen „Osselberg“ Werbung für Jugendfreizeit.

Seite 3 ■

Fundamentalisten

Eine neue rechtsextremistische Zeitschrift aus dem Hause VGB will grundsätzliche, gegen das System gerichtete Opposition betreiben.

Seite 4 ■

Rechts wird salonfähig

Mit der Neuformation „La Droite“ soll offenbar eine Brücke zwischen konservativer und extremer Rechter in Frankreich geschaffen werden.

Seite 6 ■

Gelungene Zähmung

Die Deutschland-Stiftung spielt heute kaum noch eine Rolle im nationalkonservativen Lager.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund

Eine peinliche Affäre

Die eng mit den Verbrechen der Nazis verknüpften Raubgold-Akten sind spurlos verschwunden. Einer der zahlreichen Vertuschungsversuche nach der NS-Zeit?

Er war wie in vielen die NS-Zeit betreffenden Fragen der Hartnäckigste. Als wir uns Ende der 70er Jahre in Locarno trafen, um über den Nürnberger Prozeß gegen die Spitzen des Regimes zu sprechen, erzählte er von dem Raubgold der Nazis und fragte mich: „Kennen Sie Herrn Melmer?“ - „Nein, wer ist das?“ - „Das ist jener Herr, dem wir viel zu verdanken haben. Die Nazispitzen anzuklagen, war ja überhaupt nicht schwer. Die hatten ihre Anklageschriften fast selbst geschrieben. Denken Sie an die Wannseekonferenz. Das Protokoll haben meine Mitarbeiter in Berlin während der Hauptverhandlung in Nürnberg gefunden. Damals wollte ich auch wissen, wo die Unterlagen aus der Reichsbank über das Gold der Ermordeten sind. Keine Antwort, auch nicht von Herrn Funk (dem NS-Reichsbankpräsidenten und Angeklagten in Nürnberg). Aber wir wußten, daß sie das Zahngold der Ermordeten in die Reichsbank gebracht hatten. Und Herr Melmer hat diese Transporte begleitet.“ Nachhilfe vom legendären Robert M.W. Kempner, dem stellvertretenden US-Ankläger in jenem großen NS-Prozeß. Seine letzte Anfrage betr. Melmer-Akten stammt von 1975.

Jetzt macht SS-Hauptsturmführer Bruno Melmer wieder Schlagzeilen. Genau genommen nicht er selbst, auch nicht seine detaillierten Aktennotizen über die gut 70 LKWs mit Zahngold und anderen geraubten Wertsachen, die er begleitet hat. Schlagzeilen macht Melmer, weil seine Unterlagen verschwunden sind. Daß sie bei Kriegsende noch vorhanden waren, ist belegt. US-Sachverständige haben sie 1945 in Thüringen gefunden, mitgenommen, ausgewertet und Mitte 1948 der Bank Deutscher Länder übergeben, der Vorläuferin der Bundesbank. Zu den Dokumenten gehörten auch die „Melmerabrechnungen“. Ende Juli meldete nun die ARD in den „Tagesthemen“, die Melmer-Akten seien spurlos verschwunden. Weder in der Bundesbank noch im Bundesarchiv habe man Spuren gefunden. Warum gesucht worden ist, weiß die Öffentlichkeit nicht. Nur das Ergebnis ist bekannt. Der Wertung von Bundesbank und Bundesarchiv ist

zuzustimmen. „Dem unbefangenen Beobachter wird es unverständlich erscheinen, daß Dokumente, die so eng mit Verbrechen der Nationalsozialisten verknüpft waren, später achtlos aufgeteilt werden und schließlich verloren gehen konnten.“

Die Affäre, um das Wort „Skandal“ vorläufig noch zu vermeiden, hat ein weiteres Mal gezeigt, welche Kontinuitäten und Vertuschungsversuche es nach der Befreiung gegeben hat. Die Bundesbank hat versucht, die aktive Beteiligung an der „Endlösung“ zu verwischen. Erst von außen ist nach und nach Licht auf die Massentransporte in den Holocaust gelenkt worden. Bei der Polizei war es ähnlich. NRW-Innenminister Franz Meyers (CDU) hat bereits 1952 verfügt, aus den Personalakten aller Polizeibeamten Hinweise auf Entnazifizierungsverfahren zu tilgen. Und Melmers Kontaktmann in der Reichsbank, der das Raubgut entgegennahm? Der war bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1954 bei der Hauptkasse Deutscher Länder beschäftigt. Das Bundesarchiv dazu: „Mit Sicherheit hatte er Zugang“ zu den Unterlagen.

Melmer war Leiter von Amt II im SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) und Cheforganisator der Raubgoldtransporte. Während Juden in Osteuropa meistens bereits vor der Deportation - bis auf das Zahngold - ausgeplündert wurden, durften die westeuropäischen Juden ihre Wertsachen normalerweise mit auf die „Reise“ nehmen. Erst in den Lagern mußten sie alles abliefern. Diese Pretiosen sowie das Zahngold der Gasopfer gingen dann ins Reich, meistens begleitet von Bruno Melmer in Zivil, bewacht von SS-Leuten in Uniform. US-Experten schätzen den Wert auf 40 Mio. Reichsmark.

Friedrich Kahlenberg, Chef des Bundesarchivs, und Bundesbank-Chef Heinrich Tietmeyer sind nicht zu beneiden. Gewiß haben ihre Experten alles Mögliche getan, um herauszufinden, warum diese wichtigen Aktenbestände Ende der 70er Jahre als „im verwaltungspraktischen Sinn für wertlos gehalten“ und vernichtet wurden. Harald Pohl von der Bundesbank und Siegfried Büttner vom Bundesarchiv schließen Verwischungsversuche aus. „In den Listen sind keine Namen aufgetaucht“, sagte Pohl. Wenig überzeugend, muß hinzugefügt werden. Erinnert sei an den Schweizer Wachmann, der Raubgoldakten in einer großen Schweizer Bank vor dem Reißwolf gerettet hat. In jenen Akten gab es ebenfalls keine Namen, aber sehr wichtige Informationen. Das Thema Melmer-Akten ist nicht abgeschlossen.

Heiner Lichtenstein

Aktivitäten

Ferien in „Osselberg“

Die rassistischen „Ludendorffer“ haben ein neues Anwesen erworben. Interessierte Jugendgruppen und Schulklassen sollen dort Aufnahme finden.

Unruhe herrscht in der kleinen Gemeinde Schliensee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) nahe Kiel. In einem alten Bauernhaus auf dem dort gelegenen „Osselberg“ hat sich der Verein „Ferienheim Schönhagen“ niedergelassen. Dabei handelt es sich um eine Gruppierung, deren Mitgliedschaft identisch ist mit der des „Bundes für Gotterkenntnis“ (BfG), hierzulande besser bekannt unter der Bezeichnung „Ludendorffer“. Vor ein paar Jahren scheiterten die Bemühungen, eine Immobilie größeren Stils zu erwerben durch den Protest wachsender Anwohner in Holtorf. Neben ihrem Domizil in Schönhagen nahe Westensee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) ist die Organisation nun in unmittelbarer Nachbarschaft präsent.

Hinter dem „Ferienheim Schönhagen“ und dem BfG stecken Kräfte, die auch andere rechtsextremistische Ziele verfolgen. So wird der Verein unter anderem durch Lothar Grünkorn aus Kollmar/Glückstadt vertreten, dessen Herz zuletzt für die „Republikaner“ schlug. Für diese Partei kandidierte er jedenfalls bei Landtags- und Kommunalwahlen. Das trifft ebenfalls für Karin Schulze zu. Sie ist Besitzerin des großen Gutes in Schönhagen und im Vereinsvorstand. Ferner ist Gisela Stiller aus Stafstedt beim Verein „Ferienheim Schönhagen“ aktiv. Sie betreibt eine Versandbuchhandlung, die bundesweit rechtsextremistische Klientel bedient. Daher taucht sie schon seit Jahren im Verfassungsschutzbericht auf. Bei ihr im Sortiment ist auch das dem „Bund für Gotterkenntnis“ nahestehende Organ „Mensch und Maß“ zu beziehen. Geht der Verfassungsschutz bisher von einem Personenkreis von höchstens 30 aus, so tritt die Organisation hauptsächlich publizistisch in Erscheinung. Als Hauptvertreter ist dabei Roland Bohlinger aus Nordfriesland zu nennen.

Durch Erbschaften verfügen die „Ludendorffer“ über reichlich Finanzmittel. Sie haben in Schleswig-Holstein und Niedersachsen mehrere Liegenschaften. Insgesamt gilt der Mitgliederstamm aber als überaltert. Für das neue Objekt „Osselberg“

machte man daher Werbung, um das Gebäude und Gelände interessierten Jugendgruppen und Schulklassen zugänglich zu machen. Dem zuständigen Amtsvorsteher Andreas Kulczak sind Anwerbungen aus dem Raum Hamburg bekannt. Bislang hat es auf dem neuen Gelände am „Osselberg“ eine Sonnenwendfeier gegeben, die vorher über viele Jahre hinweg in Schönhagen stattgefunden hatte.

Können die Kaufverträge auch nicht mehr annulliert werden, so prüft das Sozialministerium in Kiel jetzt gründlich, dem Verein „Ferienheim Schönhagen“ eine beantragte Heimerlaubnis vorzuenthalten. Ganz so genau hat man bei den Finanzbehörden offensichtlich nicht geprüft. Der Ferienheim-Verein besitzt nämlich die Gemeinnützigkeit. Damit können Spenden für die „Ludendorffer“ sogar von der Steuer abgesetzt werden. Die Kieler SPD-Fraktionsvorsitzende Ute Erdsiek-Rave ist jedenfalls empört: „Es ist eine Schande, wenn die Verbreitung rassistischer und antisemitischer Ideen auch noch steuerlich begünstigt wird.“

Vor Ort in Schliensee hat sich jetzt eine Bürgerinitiative gegründet, die um die Machenschaften des neuen rechten Zirkels vor Ort wachen und aufklären möchte. Pikant an der Angelegenheit: Die neuen Besitzer der Liegenschaft von „Osselberg“ übernahmen auch das angrenzende Gebäude, das die Amtsverwaltung zur Unterbringung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern gemietet hatte. Mit dem Besitzstandswechsel ist auch der einst geschlossene Mietvertrag übertragen worden. Die BfG-Aktivisten haben in der Zwischenzeit fleißig renoviert, so daß jetzt Platz für 25 Kinder und Betreuer wäre, wie aus den Werbeunterlagen der Ferienheim-Betreiber hervorgeht. Grünkorn & Co. sprechen von einer widerlichen Medienhetze. Die Bürgerinitiative geht jedenfalls davon aus, daß hier offenbar gezielt indoktriniert werden soll. „Die Zielgruppe ist eindeutig die Jugend“, warnt auch der Landessektenbeauftragte Hans-Peter Bartels.

Satzungsgemäßes Ziel des Ferienheim-Vereins ist die Verbreitung der Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs. Die Ehefrau des Generals aus dem Ersten Weltkrieg hatte in den 20er und 30er Jahren ihre rassistisch-religiösen Theorien formuliert. Unter anderem schrieb sie: „Die Erhaltung der Rasseinheit und die Pflege des arteigenen Gotterlebens ... sind ... Voraussetzung dafür, daß der einzelne ... alle segensreichen Auswirkungen des Rasseerbgutes ... erfährt und ... sein Volk seelisch gesund erhält.“

Horst Freires

Hintergrund**Altes in neuer
Aufmachung**

Fundamentalopposition von rechts ist die Zielrichtung einer neuen Zeitschrift aus dem Hause der Verlagsgemeinschaft Berg. Als Autor ist auch der DVU-Kandidat Franz Schönhuber dabei.

„Wenn ein Mensch, eine Partei, eine Truppeneinheit oder eine Denkschule von den Feinden nicht angegriffen werden, so ist das nicht gut; dann stecken diese bestimmt mit den Feinden unter einer Decke. Wenn sie von den Feinden angegriffen werden, ist es gut. Das beweist, daß zwischen uns und den Feinden ein klarer Trennungsstrich gezogen ist.“ So schrieb es vor vielen Jahren in seinem prägnanten, wenn auch nicht immer durch Logik bestimmten Stil der Vorsitzende Mao Ze Dong. Wenn heute eine Zeitschrift mit diesem Zitat für sich wirbt, dann muß es sich keineswegs um ein etwas altbackenes maoistisches Blättchen handeln. Im vorliegenden Fall wird der Ausspruch genutzt durch eine neue Vierteljahresschrift unter dem Titel „Opposition - Magazin für Deutschland“.

**■ Nicht „lau“ wie die
„Junge Freiheit“ sein ■**

Und maoistisch ist dieses Blatt natürlich ganz und gar nicht, sondern ist zur extremen Rechten in ihrer unverhüllten Ausformung gehörig. Warum aber sollte man zur Erläuterung der Notwendigkeit der strikten Trennung zwischen Freund und Feind immer nur Carl Schmitt heranziehen, warum für verschwörungstheoretische Anspielungen immer nur die einschlägigen Autoren der extremen Rechten, wenn für die gleichen Zwecke auch der „Große Steuermann“ zur Verfügung steht? Schon mit dieser Werbung, „die Lagergrenzen überschreitend“, wollen die Verantwortlichen der auch in den Bahnhofsbuchhandlungen erhältlichen Zeitschrift demonstrieren, daß sie sich von der alten extremen Rechten unterscheiden, die bei aller NS-Nostalgie doch stets zugleich immer darum gebettelt hat, doch im Konzert der Etablierten mitspielen zu dürfen, herausstellen wollte, daß man doch das gleiche - nur etwas konsequenter - wolle wie die Konservativen. Diesem Anpassungskurs wollen sich

die Macher von „Opposition“ verweigern. Opposition wird von ihnen nicht verstanden als parlamentarische, sondern vielmehr als grundsätzliche, gegen das System gerichtete. Nicht „lau“ wie die „Junge Freiheit“ will man sein, sondern einen „klaren Trennungsstrich“ zur - so die Diktion - „liberal-extremistischen Einheitspartei“ ziehen.

Wenn die Feindbestimmung klar ist, dann darf auch eine deutliche Zielangabe erwartet werden. Einen Anhaltspunkt liefert in der zweiten Ausgabe unter dem programmatischen Titel „Wir brauchen eine Gegengesellschaft“, bestimmt von den Leitbildern Gott - Familie - Vaterland, der österreichische Autor Christian Rogler: „Das Ziel muß eine Gesellschaft sein, in der junge Menschen die Antworten auf ihre Fragen nicht mehr bei Arabella und Dr. Sommer suchen, sondern bei Brasillach und Jünger.“ Bei zwei führenden europäischen Schriftstellern und Idolen der extremen Rechten also. Dem kann sich auf den folgenden Seiten Franz Schönhuber nahtlos mit seiner Forderung „Macht mir den linken Flügel stark!“ anschließen. Gemeint ist selbstverständlich der linke Flügel der extremen Rechten. „Halten wir uns fern von den sogenannten ‘Wertkonservativen‘“, warnt er, da „die des Hinweises auf die Werte bedürfen, um nicht gänzlich nackt dazustehen.“ Denn, so ergänzt er getreu die heroischen Autoren Brasillach und Jünger: „In der Geschichte gewinnen immer die Härteren.“

Unter Berufung auf den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch und unter Verweis auf den durch den Kommunisten Karl Radek propagierten sogenannten Schlageter-Kurs fordert Schönhuber wieder einmal einen „dritten Weg“. Wie bereits seit einiger Zeit steht bei ihm die soziale Frage im Mittelpunkt der Überlegungen. Sein Weg führt „nicht hin zu kapitalistischen Regierungsformen, in denen die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir müssen uns nicht damit abfinden, daß es ein raffendes und ein schaffendes Kapital gibt, immer mehr Gewinne für die Unternehmer auf der einen Seite und immer größere Arbeitslosigkeit auf der anderen.“ Anknüpfungspunkt für ihn - wohl durchaus in Übereinstimmung mit den Initiatoren des Blattes - ist offenkundig die Programmatik der europäischen faschistischen Parteien in ihrer Bewegungsphase als diese, so Schönhuber, „linke Bewegungen“ gewesen seien.

Opposition, so Chefredakteur Karl Richter, der auch für Gestaltung und Satz zuständig ist, sei gefordert gegen die „allgegenwärtige Zumutung des Amerikanismus“, der in dem Heft mit dem Libe-

ralismus identisch gesetzt wird wird, gegen die „politische Kaste“ der Bundesrepublik, da diese an der Entnationalisierung arbeite, gegen den Primat der Ökonomie gegenüber der Politik. Richter in seinem Resümee der Zustandsbeschreibung: „Dieser Zustand ist unerträglich und weltweit einzigartig. (...) Hier kündigen wir Opposition an, aber anders als im Bundestag: fundamental und unmißverständlich. Und weil wir damit noch eine gute Weile beschäftigt sein dürften, ehe sich eine ernstzunehmende politische Alternative am Parteienfirmament zeigt, bekennen wir uns... als das, was wir sind und bis auf weiteres bleiben werden: Opposition. Opposition für Deutschland.“

■ Bahnbrechender Bestseller aus dem Jahre 1927 ■

Mit Karl Richter hat die herausgebende Verlagsgemeinschaft Berg des langjährigen führenden rechtsextremen Funktionärs Dr. Gert Sudholt einen Journalisten und Aktivisten des Lagers gewonnen, der in der Vergangenheit in vielfältiger Weise von sich reden gemacht hat. Bis Ende 1997 war er verantwortlicher Redakteur der Monatszeitschrift „Nation + Europa“, wo er seit 1992 tätig war. Begonnen hatte er seine journalistische Karriere während des Studiums als Mitarbeiter der burschenschaftlichen „Münchener Freiheit“ und der „Jungen Freiheit“. Die ersten politischen Schritte erfolgten bei der einschlägig bekannten Burschenschaft Danubia. Bald folgte eine relativ steile Karriere bei den „Republikanern“, die ihn u.a. auf den Posten des Pressesprechers der Partei in Bayern und zum Landtagskandidaten dort machte. In der Parteikrise des Jahres 1990 stand er auf der Seite der Rebellen um Harald Neubauer gegen Franz Schönhuber. Als Neubauers Referent arbeitete er auch während dessen Zeit im Straßburger Europaparlament und folgte ihm in die „Deutsche Liga“, wo er ebenso führende Funktionen übernahm wie in der „Gesellschaft für freie Publizistik“.

Verleger Sudholt, der nach seinem 1990 erfolgten Ausschuß aus der Rudolf-Hess-Gesellschaft 1991 - bereits damals wenig glaubhaft - seinen Bruch mit dem rechtsextremen Lager erklärt hatte, hatte schon seit Ende 1996 ein weiteres Zeitschriftenprojekt neben seinem Blatt „Deutsche Geschichte“ geplant. Die Leitung sollte ursprünglich der ehemalige „Junge Freiheit“-Kulturredakteur Andreas Molau übernehmen, der dort 1994 mit der radikal völkischen Oppositionsgruppe ausgeschieden war und ansch-

ließend verantwortlich für die „Deutsche Geschichte“ gearbeitet hatte. Mit Richter dürfte nun ein qualifizierterer Kader gefunden worden sein, der zudem über eine größere Akzeptanz im Lager der extremen Rechten verfügt.

Die bisher vorliegenden zwei Ausgaben von „Opposition“ (Einzelpreis 19,80 DM, Abo 86,- DM bei ca. 90 Seiten Umfang im Großformat) gestatten zumindest tendenzielle Aussagen über die Ausrichtung der Zeitschrift. Mit den Schwerpunktthemen „Herausforderung Amerikanismus“ (Nr. 1) und „Fundamentalisten: Feinde oder Verbündete?“ (Nr. 2) sind Komplexe aufgegriffen worden, die über die Aktualität hinaus im Zentrum der Debatten der extremen Rechten angesiedelt sind. Das inhaltliche Spektrum dabei ist recht breit angelegt. Zum Fundamentalismus z. B. gibt es sowohl Beiträge aus katholisch-integristischer Sicht (Christian Rogler) als auch solche die positive Aspekte am Islamismus finden (Karl Richter), die den Italiener Julius Evola, den Propheten der Tradition, preisen oder den indischen politischen Hinduismus darstellen. Die Beiträge sind teilweise von erheblicher Länge. So wird z. B. die Konkurrenz mit der inhaltlich ähnlich ausgerichteten „Nation + Europa“ vermieden, wo diese Artikel schon platzmäßig wohl ungeeignet wären. Man könnte von einem vergleichbaren Verhältnis wie zwischen der „Jungen Freiheit“ und „Criticón“ sprechen.

Bei neuen Publikationen ist die Einführung in den Markt von entscheidender Bedeutung. Bekannte Namen können dabei eine entscheidende Rolle spielen. So finden sich in der Fundamentalismus-Nummer der Mitbegründer des Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen, Dr. Felix Buck, und der frühere Diplomat der griechischen Obristenjunta Dr. Gregor M. Manousakis. In der USA-Ausgabe dagegen dominierten noch weitgehend die alten und altbekannten Standardautoren des Verlagshauses Sudholt. Eine bemerkenswerte Ausnahme neben dem Reprint eines Beitrages von Sven Hedin stellte lediglich eine längere Abhandlung von Adolf Halfeld „Der Mythos der ‘westlichen Hemisphäre’“ dar. Dessen 1927 bei Eugen Diederichs erschienene Band „Amerika und der Amerikanismus“, der zum Bestseller wurde, gilt als bahnbrechend für die USA-Kritik von rechts

Deshalb gilt auch hier bei aller sonstigen Entschiedenheit des Gestus: inhaltlich nichts neues. Alles wie gehabt. Was neu erscheinen soll, das ist in Wirklichkeit uralte.
Jean Cremet

Ausland

Salonfähige Rechte

In der französischen Parteienlandschaft findet eine Umgruppierung statt. Die von dem UDF-Abtrünnling Charles Millon ins Leben gerufene Neuformation „La Droite“ soll eine Brücke zwischen konservativer und extremer Rechte schaffen.

Mitunter findet sich in den Kurzmeldungen, die relativ unbeachtet in den Randspalten der Zeitungen stehen, mehr an aussagekräftigen Informationen über politische und soziale Hintergründe als an anderem Ort. Dies scheint jedenfalls auf zwei kurz aufeinanderfolgende Meldungen, die am 9. Juli 1998 in der Boulevardzeitung „Le Parisien“ zu finden waren, zuzutreffen. Beide handeln von der durch Charles Millon, den früheren Verteidigungsminister der bürgerlichen Regierung Chirac/Juppé und amtierenden Präsidenten der Region Rhône-Alpes, in diesen Wochen neugegründeten Formation „La Droite“ („Die Rechte“).

Die erste Kurzmeldung aus „Le Parisien“ lautet: „ohne die geringste Publizität sind um die 100 Unternehmenschefs und Führungskräfte letzte Woche in Paris zusammengekommen, um mit Charles Millon zu diskutieren. Ein Zeuge erzählt: <Das Klima war sehr gut. In der Wirtschaftswelt stößt Millon auf mehr Interesse, als man sich vorstellt, doch für den Augenblick will niemand aus der Deckung heraustreten und sich öffentlich dazu bekennen.>“ Hinzufügen müßte man nur: außer Serge Dassault, Frankreichs Rüstungsfabrikant Nummer 1, der seinen Beitritt zu „La Droite“ angekündigt hat. Der darauffolgenden Kurzmeldung ist zu entnehmen: „Christian Philip, erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Lyon und oft als <Kronprinz> von (Oberbürgermeister) Raymond Barre“ - Barre ist ein führender liberaler Politiker und Mitbegründer des liberal-konservativen Parteienbündnisses UDF - „bezeichnet, verurteilt das politische Vorgehen von (Regionalpräsident) Charles Millon. Aber, so sagt er, dieses erstaunt ihn nicht: <Lyon wird oft als Hauptstadt der Résistance bezeichnet. Man vergißt, daß Lyon (1944) auch die einzige Stadt war, die zu Pétain hielt. Die Lyoner Bourgeoisie ist niemals gaullistisch gewesen. Daher haben die Unterstützungen, die Millon heute erhält, nichts wirklich Überraschendes an sich.>“

Die Gründung von „La Droite“ läßt sich nicht ohne ihre mittelbare und unmittelbare Vorgeschichte verstehen. Am 20. März 1998, fünf Tage nach den Regionalparlamentswahlen vom Frühjahr dieses Jahres (der „blick nach rechts“ berichtete), ließen sich zunächst fünf Regionalpräsidenten mit den Stimmen des rechtsextremen „Front National“ (FN) wählen. Nach einer Reihe von Rücktritten und Neuwahlen blieben schließlich vier Chefs einer regionalen Exekutive an der Spitze eines (meist unerklärten) Bündnisses von Konservativen und Rechtsextremen in ihrer Funktion; allesamt der UDF zugehörig. Da sie ihren Rücktritt, zu dem sie - angesichts der Umstände ihrer Wahl - durch die Führungsspitzen von RPR und UDF aufgefordert wurden, verweigerten, folgte ihr Ausschluß aus der UDF. Innerhalb derer ließ sich zu diesem Zeitpunkt allerdings längst kein Konsens mehr über die Frage herstellen, ob man auf dem Hinauswurf der vier Protagonisten einer faktischen Allianz mit den Rechtsextremen bestehen solle oder nicht. Binnen weniger Tage zerbrach die UDF an den immensen strategischen und grundsätzlichen Differenzen; die bisher größte Mitgliederformation „Démocratie libérale“ (DL) hat sich daraufhin selbständig gemacht. DL verfügt heute über eine eigene Parlamentsfraktion und ist in dem Dachverband „L'Alliance“, den die gebeutelten bürgerlichen Parteien Anfang Juni gegründet haben, als eigenständige Formation neben RPR und UDF vertreten.

■ Wirtschaft zeigt Interesse ■

Charles Millon ist derjenige unter den mit „Front National“-Steigbügel ins Regierungsamt gewählten Regionalpräsidenten, der zunächst am weitesten ging und offensiv die Flucht nach vorne antrat: Dem Wochenmagazin „L'Événement du Jeudi“ (7. Mai 1998) zufolge datiert das Tachtelmechtel Charles Millons mit der extremen Rechten allerdings nicht erst aus den Tagen nach den Regionalwahlen, vielmehr habe er bereits seit Jahren über gute Kontakte zu militanten Abtreibungsgegnern verfügt, während seine Gattin Chantal Millon Delsol selbst Aktivistin der „Lebensschützer“ ist. Auf diesem Wege hatte er sich bereits den „Respekt“ der extremen Rechten erworben, und umgekehrt, und so erste Fundamente für die spätere Allianz gelegt. Nachdem Charles Millon am 20. März mit den Stimmen des „Front National“ - dessen Lyoner Fraktion vom in dieser Stadt ansässigen FN-Generalsekretär Bruno Gollnisch angeführt wird - in sein Amt gewählt worden war, ging er in

die Offensive und sammelte aktive Unterstützer um sich. Auf einer Veranstaltung in Lyon ließ er sich Ende März zunächst von 1.500 Personen feiern und gab dabei die Namen einiger Unterstützer preis, unter ihnen Francois d'Aubert vom konservativen Flügel der UDF sowie Christine Boutin, UDF-Abgeordnete und (dem Opus Dei nahestehende) Gallyonsfigur der parlamentarischen „Lebensschützer“-Lobby. Boutin zögerte übrigen auch nicht, in der FN-Zeitung „National Hebedo“ (vom 14. Mai 98) eine ganze Seite vollzuschreiben, wobei sie ihre politischen (und vor allem Anti-Abtreibungs-) Aktivitäten verteidigte und gegen die Vorwürfe der liberalen Kompromißerei in Schutz nahm. Mitte April legte Millon seine Unterstützerversammlung neu auf und kündigte vor diesmal rund 4.000 Personen, darunter konservative und rechtsextreme Anhänger gut gemischt, die Gründung einer neuen Partei - eben „La Droite“ - an.

„La Droite“ dient, wie bereits aus ihrer Entstehungsgeschichte heraus deutlich wird, in erster Linie dazu, eine Brückenformation zwischen dem bürgerlich-konservativen Lager und dem „Front National“ zu schaffen. Eine solche Brücke fehlte bisher, da die Hinwendung des FN zu sozialer Demagogie und einem teilweise geradezu (pseudo)“revolutionären“ Anti-System-Diskurs seit Anfang der 90er Jahre sämtliche mögliche Übergänge zwischen der parlamentarischen Rechten und den - aufgrund des Mehrheitswahlrechts nicht in der Nationalversammlung vertreten - extremen Rechten einzureißen schien.

■ Tabubrecher zugunsten des FN ■

Am 6. Juni hielt „La Droite“ einen „Vorgründungskongreß“ in Paris ab, zu dem statt der erwarteten 1.500 gleich 3.000 Teilnehmer erschienen. Am selben Tag und am selben Ort (dem Sportpalast an der Pariser Porte de Versailles), hatte wenige Stunden zuvor ein „Kolloquium“ getagt, das eine Reihe anderer Parteien und Splittergruppen in der Grauzone zwischen der konservativen und der extremen Rechten vereinigte, und zwar auf Initiative des PPL („Partei für die Freiheit“) hin, einer Splittergruppe mit neoliberalen Brachialprogramm - es sieht die Abschaffung sämtlicher sozialer Mindeststandards wie Kündigungsschutz, Mindestlohn und vorgeschriebenem Jahresurlaub vor. Aus diesem Anlaß kamen etwa Vertreter des „Parti National-Républicain“ (eine Abspaltung vom „Front National“, des CNIP („Nationales Zentrum der

Landwirte und Selbständigen“) - einer traditionsreichen und reaktionären Mittelstandspartei, auf deren Liste im Jahr 1958 Jean-Marie Le Pen ins Parlament gewählt worden war - sowie der rechten Denkfabrik „Club De l'Horloge“ zusammen. Die Zusammenkunft am selben Ort wie „La Droite“ deutet darauf hin, daß letztere mittelfristig zum Sammelbecken zwischen bürgerlichem Lager und „Front National“ werden könnte.

„La Droite“ gibt die Zahl ihrer Anhänger inzwischen mit 10.000 an, darunter 45 Prozent aus Charles Millons Region Rhône-Alpes. Derzeit unternimmt ihr Gründer und Präsident Millon eine Rundreise durch Frankreichs Vorstädte und über seine Urlaubsstrände - ein in diesem Land klassisches Mittel politischer Agitation während der Sommerferienzeit -, um um Unterstützung zu werben. Der Parteigründungskongreß, ursprünglich am 4. Oktober in Lyon geplant wurde verschoben und soll nunmehr vom 6. bis 8. November in Paris stattfinden. Einige landesweit prominente Köpfe konnte Millon bisher ebenfalls gewinnen. Unter ihnen Jean-Francois Mancel, der ehemalige Generalsekretär der neogaullistischen RPR. Bereits vor den Regionalwahlen im März hatte sich Mancel in einem Interview mit der Wirtschaftszeitschrift „Valeurs actuelles“ als einer der ersten Tabubrecher zugunsten eines Bündnisses mit dem FN hervorgetan. Daneben findet sich Serge Dassault, Chef des größten Rüstungskonzerns, der als Bürgermeister der Pariser Vorstadt Cobriel-Essones den Stopp jeglichen Zuzugs von Immigranten in seine Kommune bekanntgab. Dabei ist auch Charles Baur, der ebenfalls mit FN-Hilfe zum Regionalpräsidenten der Picardie gewählt worden ist.

Aber auch „Démocratic libérale“, die Partei des Neoliberalen Alain Madelin - dessen erklärtes Vorbild der italienische Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi ist - sucht das von „La Droite“ angezogene Spektrum aktiv für sich zu gewinnen. So gibt die Pariser Zeitung „Le Monde“ (vom 9. Juli) bekannt, daß DL, „wahrscheinlich nach ihrem Kongreß im Oktober 98“, die beiden mit FN-Hilfe gewählten Regionalpräsidenten Jaques Blanc und Jean-Pierre Soisson aufnehmen werde. Im Fall von Charles Millon, so „Le Monde“, müßten erst die Europawahlen im Juli 1999 abgewartet werden, bei denen Millon mit einer eigenen Liste antreten will, um sein Stimmenpotential zählen zu lassen. Doch die DL-Vertreter in der Region Rhône-Alpes zählten unterdessen zu den aktivsten Stützen von Charles Millon.

Bernhard Schmid

Grauzone

Gezähmte Speerspitze

Die am äußersten rechten Rand der Unionsparteien angesiedelte Deutschland-Stiftung spielt kaum noch eine Rolle im nationalkonservativen Lager. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat den einst kämpferischen Verein unterwandert.

Jahrelang war die 1966 gegründete Deutschland-Stiftung ein Sammelbecken des erkonservativen Lagers mit sichtbaren Überlappungen tief ins ultrarechte Spektrum und Berührungen zu rechtsextremen Strömungen. Der heute 87jährige streitbare Österreicher Kurt Ziesel hatte den reaktionären Verein ins Leben gerufen, als zum ersten Mal sozialdemokratische Minister ins Bundeskabinett der Großen Koalition kamen. Ziesel sah das Vaterland in Gefahr.

Von Bayern aus kämpfte er haßerfüllt gegen die Ostpolitik, gegen den „liberalen Zeitgeist“ und gegen „die linke Medienmafia“. Seine Mitstreiter waren CDU- und CSU-Leute, Deutschnationale und andere Rechte verschiedener Schattierungen. Die Spitzen der Unionsparteien duldeten dieses Sammelbecken der Rechten in ihren Reihen nicht nur, sondern förderten es - nicht nur mit Beiträgen im Sprachrohr „Deutschland Magazin“, sondern auch mit Auftritten und Spenden. Franz Josef Strauß pries die Deutschland-Stiftung als „die erste erfolgreiche Bürgerinitiative“, die sich nicht gegen, sondern für den Staat engagiere.

Immer wieder mußte sich die CDU/CSU-Bundesregierung rechtfertigen, weil die Opposition im Bundestag nach Ziesels NS-Vergangenheit fragte. Stets wurde sinngemäß geantwortet, er sei ein standhafter Patriot, Grund zur Abgrenzung gebe es nicht. Medien, die Ziesels Verstrickung mit Zitaten belegten, wurden von dem als Prozeßhansel gefürchteten publizistischen Haudegen mit Gegen darstellungsbegehren und Klagen überzogen, so daß es bald kaum noch jemand wagte, sich mit ihm anzulegen.

1994 entschloß sich Kohl, den Konrad-Adenauer-Freiheitspreis der Stiftung anzunehmen. Damit setzte er sich einerseits dem Verdacht aus, den Rechten auf den Leim zu kriechen und ihnen zu huldigen, andererseits suchte er offenbar die interne Auseinandersetzung mit dem Ziel ihrer Integration, was von Kohl-Kennern als „für ihn typische in-

nerparteiliche taktische Leistung“ bewertet wird. Kohl wolle den Verein, bei dem zeitweise die Grenze von seriös-konservativ zu unseriös-nationalistisch zu verwischen drohte, „stärker an die Union binden. Das ist wohl gelungen“, beobachtete die „Berliner Zeitung“.

Mit dem Kampfbund der 60er und 70er Jahre ist die Deutschland-Stiftung von heute anscheinend nicht mehr gleichzusetzen, auch wenn Ziesel immer noch Vorstandsvorsitzender ist. In seinem Hausblatt „Deutschland-Magazin“ drischt er weiterhin auf seine linken und liberalen Lieblingsgegner ein. Aber er scheint isoliert. Manche seiner Gesinnungsfreunde haben seit Kohls Unterwanderungsversuch den Verein enttäuscht verlassen, weil er ihnen nicht mehr genügend angriffslustig war. Jüngster Träger des jährlich in München verliehenen Adenauer-Preises war Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Laudator war der sächsische Umweltminister Arnold Vaatz, ein jüngerer ostdeutscher Politiker, dem revanchistische Anwandlungen nicht nachzusagen sind. Max Adenauer, Sohn des ersten Bundeskanzlers, überreichte Schäuble die Urkunde. Beide spielten auf Schäubles Leistungen bei der deutschen Vereinigung an, ohne hörbare rechte Untertöne.

Im Publikum saßen manche, die wegen ihres beharrlichen Eintretens für die unerreichbar scheinende Wiedervereinigung in den 50er und 60er Jahren als Ewig-Gestrige verspottet worden waren. Nun fühlen sie sich gemeinsam mit Schäuble verspätet geehrt.

Viele in der Deutschland-Stiftung sind vom Lauf der Politik enttäuscht, zumal sie die von Kohl versprochene „geistig-moralische Wende“, die sie als „konservative Erneuerung“ verstanden, heute vermissen.

Bei den Veranstaltungen wie dieser Preisverleihung konnten kritische Gäste „keine Spur von Militanz und Polemik“ entdecken. Die Deutschland-Stiftung, die einst „Speerspitze der Opposition“ gegen die sozialliberale Koalition sein wollte, aber dabei ins Abseits geriet, fand sich in der konservativ-liberalen Koalition ideologisch nicht mehr zu recht und verlor mit ihrer Bindung auch zunehmend an Bedeutung. Kohl hat den rechten Verein aufgesogen und integriert, umarmt und damit gezähmt. Viele, die das merkten und sich nicht vereinnahmen lassen wollten, haben sich längst anderen rechten Splitterorganisationen zugewandt, um dort im alten rechten Geist weiterzuwursteln.

Hans Löwe

Demokratische Initiativen

Unenteilbarer 20. Juli

Dem militärischen Widerstand gegen Hitler sind alljährlich zentrale Gedenkveranstaltungen in Berlin gewidmet.

„Widerstand gegen die Nazis gab es nicht erst am 20. Juli 1944, sondern schon vor 1933“ - betonte Bundestagspräsidentin a.D. Annemarie Renger, zugleich Bundesvorsitzende des überparteilichen „Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- u. Verfolgtenorganisationen e.V.“ (ZD-WV) am 20. Juli, dem Tag des deutschen Widerstandes, in Berlin. Bei dem Zusammentreffen des ZD-WV, an dem neben Widerstandskämpfern und Verfolgten sowie deren Angehörigen auch der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel (SPD) und Gäste aus Israel und Österreich zugegen waren, wies Frau Renger darauf hin, daß der 20. Juli die gesamte Breite des deutschen Widerstandes gegen Hitler verkörpere und synonym für den deutschen Widerstand an sich sei. Sie widersprach damit der Familie von Stauffenberg, die gar eine Schließung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin fordert, da dort auch der kommunistische Widerstand gezeigt wird. 150.000 Kommunisten sind nach heutigem Erkenntnisstand von den Nazis verfolgt worden. Renger stimmt damit mit dem wissenschaftlichen Leiter der Gedenkstätte, Peter Steinbach, überein, der großen Wert auf die Dokumentation der gesamten Breite und Vielfalt des antifaschistischen Widerstandes legt. Die Familie Stauffenberg, so Steinbach, „verkürzt das alles auf den 20. Juli 1944“.

Daß der militärische Widerstand gegen Hitler - zumal erst in der Endphase des Dritten Reichs so richtig erwacht - nur eine von vielen Facetten des Widerstandes war, macht die Gedenkstätte seit vielen Jahren deutlich. So wurde im vergangenen Jahr des schwäbischen Handwerkers Georg Elser gedacht, der versucht hatte, Hitler durch ein Attentat am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller zu töten und so die Ausweitung des am 1. September 1939 von Deutschland begonnenen Krieges zu verhindern. In diesem Jahr präsentiert die Gedenkstätte die Ausstellung „Widerstand von Sinti und Roma“, die in Anwesenheit von Romani Rose, dem Zentralratsvorsitzenden der Roma und Sinti, eröffnet wurde. Rund 500.000 Sinti und Roma waren dem Völkermord der Nazis zum Op-

fer gefallen. Die zentrale Gedenkveranstaltung in diesem Jahr wurde in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin von der Bundesregierung und den Verfolgten-Organisationen Stiftung 20.Juli 1944, Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen e.V. und Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände ausgerichtet.

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth bezeichnete den Widerstand des 20. Juli als einen „Eckpfeiler unserer freiheitlichen Identität“. Dieser Widerstand gegen den Nationalsozialismus sei ein „Aufstand des Gewissens“ gewesen. Wie Frau Süssmuth begrüßte auch die Berliner Bürgermeisterin Christine Bergmann (SPD) die Aufhebung der NS-Unrechtsurteile durch den Deutschen Bundestag vor wenigen Monaten im Mai.

Im Anschluß an die offizielle Veranstaltung legte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär einen Kranz nieder, um der „vergesenen Opfer des Widerstandes“ - der zum Tode verurteilten Deserteure und Wehrdienstverweigerer - zu gedenken. Mindestens 46.000 dieser Personen, so die Organisation, wurden zum Tode verurteilt, etwa 20.000 Urteile seien vollstreckt worden.

Die Tradition der jährlichen Gedenkfeiern in der Stauffenbergstraße (Bendler-Block) und auf dem Gelände der einstigen Hinrichtungsstätte des Strafgefängnisses Plötzensee, wo von 1934 bis 1945 etwa 2.500 Menschen durch Guillotine oder den Strang starben, wurde am 10. Jahrestag durch Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) begründet. Seit 1984 finden die Gedenkveranstaltungen in Berlin statt.

Am 20. Juli 1944 hatte der einstige Hitler-Bewunderer Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, eine Bombe im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ im damaligen Rastenburg/Ostpreußen gelegt. Sein Arbeitszimmer, die Zentrale des Umsturzversuches, befand sich im Bendler-Block in Berlin-Tiergarten, dem Sitz des Allgemeinen Heeresamtes, heute Sitz der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Nach dem gescheiterten Attentat und dem erzwungenen Freitod von Generaloberst Ludwig Beck wurden im jetzigen Ehrenhof der Gedenkstätte noch in derselben Nacht Oberst Stauffenberg, General Friedrich Olbricht, Oberstleutnant Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haefen erschossen. Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Politikunfähigkeit

Ein klägliches Bild bot die „Deutsche Volksunion“ während ihrer parlamentarischen Perioden in den Bundesländern Bremen 1987-1995 und Schleswig-Holstein 1992-1996. Dieses Fazit läßt sich aus einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ziehen, die die Arbeit der Frey-Partei in den beiden Landesparlamenten unter die Lupe genommen hat. Danach haben sich in beiden Fällen die DVU-Abgeordneten in hohem Maße durch sachliche und fachliche Inkompetenz, permanente Zerstrittenheit, finanzielle Unregelmäßigkeiten und Mißbrauch öffentlicher Gelder sowie Politikunfähigkeit ausgezeichnet. Die Autoren der Studie gelangten zu der Schlußfolgerung daß die DVU eine „<Ein-Thema-Partei> (sei), die immer nach dem gleichen einfachen Strickmuster alle politischen Fragen - unterschiedlich oder auch offen polemisch - mit der <Ausländer- und Asylproblematik> oder der nationalen Frage verbindet.“

In Bremen, wo die DVU seit 1987 zunächst vier Jahre lang durch einen Abgeordneten präsent war, dezimierte sich die beim erfolgten Wiedereinzug im September 1991 aus sechs Abgeordneten gebildete Fraktion bereits wenige Wochen später, ein weiterer Abgang führte im Januar 1993 zum Verlust des Fraktionsstatus, ein dritter folgte dann im Oktober. Die im April 1992 zunächst gebildete sechsköpfige DVU-Fraktion in Schleswig-Holstein wurde ein Jahr später aufgelöst, drei Abgeordnete traten der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ bei, zwei weitere kehrten der DVU für einen längeren Zeitraum den Rücken.

Auch in Sachsen-Anhalt hat der DVU-Abgeordnete Lehnert bereits nach wenigen Tagen sein Amt niedergelegt. Der Fraktionsvorsitzende Wolf, bekannt durch seine markigen Parolen im Wahlkampf wie auch jetzt im Landtag, soll mehrfach durch Gewalttätigkeiten aufgefallen sein. Die Autoren der Studie, Konrad Hoffmann und Norbert Lepszy, vermuten aufgrund der in Bremen und Schleswig-Holstein gemachten Erfahrungen mit der DVU, daß sich in Sachsen-Anhalt die Verhältnisse kaum anders entwickeln werden.

Die sehr aufschlußreiche Studie „Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig - Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren“ wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben: Rathausallee 12, 53757 St. Augustin; Internet: <http://www.kas.de> G.N.

Zuckerbrot für Skins

„Akzeptierende Jugendarbeit“ statt „Null Toleranz?“. Mit dem pädagogischen Streitthema „akzeptierende Jugendarbeit“ befaßt sich eine Broschüre, die Erfahrungen aus den letzten Jahren bei der Betreuung von rechten Jugendlichen - insbesondere in ländlich geprägten Regionen aufgreift. Skeptiker bezeichnen das umstrittene Pädagogik-Konzept als untauglich, weil deren inhaltliches Programm nur auf Zuhören und Akzeptieren setze und die Kritik an rechten Denkmustern ablehne, um an die Jugendlichen „heranzukommen“.

Die Herausgeber berichten auf 48 Seiten über die Arbeit von Projekten in Gütersloh, Düsseldorf, Bremen und Tostedt (Niedersachsen), wo die „akzeptierende Jugendarbeit“ - so ihr Urteil - gescheitert sei. Ein Beispiel: Das ländliche Ruhebedürfnis in der Gemeinde Tostedt wird seit Jahren durch gewalttätige Aktionen von Neonazis nachhaltig gestört. In der Nacht zum 19. April überfielen Skinheads vier Mitglieder einer Menschenrechtsgruppe, bei dem eine 21jährige Frau schwer verletzt wurde. Vor zwei Jahren hatte ein polnischer Gastschüler (17) durch einen Bierflaschenwurf bei einem Skin-Überfall auf das Jugendzentrum eine Kopfverletzung erlitten.

Auch das seit Jahren laufende lokale Streetworker-Projekt in der „Reso-Fabrik“ konnte die Gewaltausbrüche von rechts nicht verhindern. „Die Reso-Fabrik grenzt sich zu wenig von den Jugendlichen und Erwachsenen ab, die in Fachkreisen als Kader-Neonazis bezeichnet werden“, kritisierten die Grünen in dem Heide-Städtchen bereits vor zwei Jahren. Die gescholtenen Pädagogen verteidigen dagegen die „akzeptierende“ Sozialarbeit vehement: „Um etwas erreichen zu können, müssen wir auf die Jugendlichen zugehen. Das ist nur durch ständigen Kontakt und monatelange Zusammenkünfte möglich. Wir wollen die Skins nicht hoffähig machen, akzeptieren sie aber menschlich.“ Aber auch die Fachwissenschaft ist sich nicht einig, wie dem rechten Terror am besten beizukommen ist: Während der Bremer Universitäts-Pädagoge Josef Krafeld das Konzept des Verstehen-Wollens von Denk- und Handlungsmustern im Umgang mit den rechtsradikalen Sorgenkindern befürwortet, setzt sich sein Marburger Kollege Klaus Ahlheim kritisch mit diesem Ansatz auseinander.

Die Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut. Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“ kostet fünf Mark und kann bestellt werden bei: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkam 46, 20357 Hamburg.

Völker Stahl

Urteile

Übereinstimmung mit NS-Terminologie

Bei der verbotenen „Nationalistischen Front“ ließ nach Ansicht des Gerichts eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus erkennen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat das am 26. November 1992 vom Bundesminister des Innern verfügte Verbot der „Nationalistischen Front“ (Vorsitzender Meinolf Schönborn), ihrer Ersatzorganisationen und der Einziehung ihres Vermögens bestätigt. Das Gericht hatte zunächst im August 1997 durch Gerichtsbescheid ohne mündliche Verhandlung entschieden, weil die Streitsache keine Schwierigkeiten rechtlicher oder tatsächlicher Art aufwies. Die Entscheidung wurde in der auf Antrag des Anwalts von Schönborn, Jürgen Rieger, anberaumten Hauptverhandlung vom 24. März 1998 bestätigt. Inzwischen liegt das schriftliche Urteil vor.

Die „Nationalistische Front“ war 1985 gegründet worden, ihr Schwerpunkt lag um Detmold, wo sie am Wohnort ihres Vorsitzenden Schönborn ihren Sitz hatte. Die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts stützen sich in mehrfacher Hinsicht auf die internen Schwierigkeiten, die kurz vor dem Verbot innerhalb der NF deutlich wurden. Schönborn hatte argumentiert, die NF sei eine Partei gewesen, zuständig für ein Verbot sei deshalb gar nicht der Bundesminister des Innern, sondern nach Art. 21 des Grundgesetzes das Bundesverfassungsgericht gewesen. Der Ausschluß seines Stellvertreters Pohl auf dem außerordentlichen Parteitag am 27. Juni 1992 habe ja gerade dazu gedient, wie es in einem Rundschreiben hieß, „die politische Handlungsunfähigkeit der Partei zu beenden und den Parteistatus zu retten“. Das Gericht sah dies keineswegs als Nachweis der Parteieigenschaft an. Bei dem legendären „Parteitag“ hatten neben dem stellvertretenden NF-Vorsitzenden Pohl u.a. der Schatzmeister Braun, der Vorsitzende der Bezirksleitung Süd, Dehmer, und der Schriftleiter des „Aufbruch“ Hupka, die Partei verlassen. Angesichts von zuletzt 150 Mitgliedern gab es mehr Vorstandsmitglieder als einfache Mitglieder. Für das Gericht war es, ebenso für den Bundesminister des Innern, erwiesen, daß die NF keine Partei im Sin-

ne des Parteiengesetzes war. Sie hatte sich außer an der Wahl zur Bremer Bürgerschaft und der Landratswahl in Kelkheim an keiner Bundes- oder Landtagswahl beteiligt und in ihrer Publikation „Umsturz“ in aller Deutlichkeit ausgeführt, daß sie eine „Anbiederung an den Parlamentarismus“ oder eine „Einfügung in die herrschende Systemdemokratie“ ablehnte; die Übereinstimmung mit der Terminologie der Nazis ist eindeutig.

Im Hauptverfahren änderte Schönborn seine Argumentation und versuchte dem Gericht - erfolglos - darzutun, der Sonderparteitag habe der Auflösung der „Nationalistischen Front“ und der Neugründung gedient. Zwar, so das Gericht, habe es Erschütterungen gegeben mit der Folge des Austritts einer Gruppe - Pohl -, der Partei sei aber ersichtlich an der Fortführung der bisherigen Vereinigung gelegen gewesen.

In der Sache bejaht das Gericht eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus. Es sei zwar zweifelhaft, ob diese sich bereits, wie der Innenminister argumentiert hatte, aus dem Vergleich des 10-Punkte-Grundsatzprogramms oder des 5-Punkte-Aktionsprogramms mit dem 25-Punkte-Programms der Nazis ergebe, zumal das NS-Programm lange vor der Machtergreifung beschlossen worden sei. Unabhängig davon aber habe sich die „Nationalistische Front“ am Sprachgebrauch des Nationalsozialismus orientiert. Ihr Emblem sei der des in der NS-Zeit üblichen Adlers über dem Ährenkranz gewesen, wobei an die Stelle des Hakenkreuzes im Ährenkranz das Eiserne Kreuz eingesetzt worden sei, teilweise über einem Totenkopf (wie ihn die Waffen-SS führte). Sie nannte eine ihrer Zeitungen den „Kelkheimer Beobachter“ und empfahl ihren Anhängern ganz offen, sich an der Dramaturgie der Inszenierung von Feierlichkeiten und Kundgebungen im Dritten Reich zu orientieren. Die „Nationalistische Front“ habe sich zu Repräsentanten und Symbolfiguren des Nationalsozialismus bekannt, wie Rudolf Heß und Albert-Leo Schlageter, die Waffen-SS verherrlicht und eine antisemitische Grundeinstellung demonstriert.

Den Einwand der Willkür, weil es keine Verbote gegen kommunistischen Organisationen gäbe, konnte das Gericht sehr deutlich zurückweisen: nach den von rechtsextremistischen Organisationen getragenen Brandanschlägen und Übergriffen auf Ausländerheime habe der Innenminister ein Zeichen gegen rechtsextremistische Agitation und Gewalt setzen wollen.

Klaus-Henning Rosen

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 29 u. 30/98: Der von Sozialwissenschaftlern festgestellte „Rechtsruck“ bei Jugendlichen ist nach Meinung von JF-Chefredakteur Dieter Stein nicht real, sondern durch „nationale Entfremdung“ und „Angst vor ungebremseter Einwanderung“ begründet (29/98). Unter Beschuß steht der Grünen-Politiker Jürgen Trittin, der „mit deutschem Selbsthaß“ und „protestantischer Zerknirschtheit“ heute zum „gesamtdutschen Verantwortungsethiker“ geriere. Ganz anders agiert der Ex-Apo-Veteran Horst Mahler, der im JF-Interview ein „national ungefestigtes Deutschland als gefährlich“ ansieht und ein „gesundes Nationalbewußtsein“ im Einklang mit der Vergangenheit einfordert, wobei auch die Frage „nach der Vernunft im Holocaust“ gestellt werden müsse (29/98). Viel Beifall für den „Bund Freier Bürger“ enthält der Bericht über eine Veranstaltung im Münchner Löwenbräukeller, auf der kräftig gegen die EU zu Felde gezogen wurde. Schelte gibt es für die Entschließung des polnischen Parlaments vom 3. Juli, die die Besorgnis Polens vor immer wieder neu aufgewärmten - nach Meinung der JF legitimen - Ansprüchen der Vertriebenen ausdrückt (29/98). Zur Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ legt der JF-Leitartikler nahe, daß sich der Holocaust an den Juden und die Verbrechen des Stalinismus eben doch vergleichen ließen (30/98). Der französische Chefideologe Alain de Benoist erläutert im JF-Gespräch die Positionen der „Nouvelle Droite“ zur Thematik Immigration, die nicht mehr rückgängig zu machen sei; Einwanderer sollten aber als Gemeinschaft fremden Ursprungs fortbestehen. Die kollektive Identität einer ethnischen Gruppe müsse heute vielmehr auf kleinerer regionaler Basis etabliert werden. Wohlwollen für die rassistische australische Politikerin Pauline Hanson bringt hingegen der britische neurechte Stratege Michael Walker auf (30/98). Im argen liegt nach JF-Meinung jedenfalls der deutsche Fußball - jüngstes Beispiel die verpatzte Weltmeisterschaft; dem DFB-Präsidenten Braun, der mit Hilfe „unserer Nationalmannschaft“ zu bewältigen müssen glaube, sei eben „tadelloses Auftreten“ z.B. in Polen und Israel wichtiger (30/98). Pater Lothar Groppe warnt vor einer pauschalen Verurteilung der Wehrmachtsrichter, der „Hüter des Rechts“, bei denen Unrechtsurteile absolut selten gewesen seien. (gn)

„Nation+Europa“ (NE) - 48. Jg., 7-8/98:

Der 100.Geburtstag des Otto von Bismarck - „womöglich der bedeutendste politische Genius“ - wird zum Anlaß genommen, sein Erbe zu beschwören und nach einem neuen Bismarck zu rufen. Bonn tut zwar nicht den Gefallen, „über diesen Gedenktag ... hinwegzudösen“, wobei freilich nicht der Nationalstaat im Vordergrund des Erinnerns steht. Ob Bismarck allerdings, stiege er aus seinem Grab, wie man es ihm unterstellt, als Problemlöser geeignet wäre, mag dahinstehen. Und auch über die taktischen Hintergründe der gepriesenen Sozialgesetzgebung und ihre Problematik ließe sich debattieren. Bismarck war gegenüber Fremden sicherlich toleranter als seine Nachfahren, die gegen „Muezzin über Stuttgart“ hetzen; da aber Wahlkampf ist, hört man Ähnliches bekanntlich auch aus Banz. Es mag sein, daß für islamische Glaubensfanatiker Menschenrechte ein Ausdruck von Schwäche seien, hier aber, Herr Steffen Erle, gilt das Grundgesetz. Auch NE reibt sich an den 68ern; als anstößig wird in erster Linie moniert, sie hätten ein Weltbild gezeichnet, das auf „ewiger Schuld der Deutschen“ beruht. Jean-Marie Le Pen wird zum 70. von NE-Mitherausgeber Harald Neubauer gefeiert. Als Kampfgenossin fürs Ausländerfeindliche sieht NE Brigitte Bardot, die sich über das Schächten an Aïd el Kebir, dem Fest zum Andenken an das Opfer Abrahams, ausläßt. Ein Schwerpunkt ist naturgemäß die Rolle der DVU bei der kommenden Wahl. Frey, ehemals Unperson, wird ob des Entzugs von Miete (in Berlin) und Wahlkampfknete (in Bonn) sowie der Forderung nach DVU-Verbot sekundiert; fürs Familienalbum - in Schönhubers Kolumne - Frey mit seinem neuen Kampfgenossen, dem DVU-Fraktionsvorsitzenden in Magdeburg, Helmut Wolf. Ansonsten streitet Schönhuber tapfer gegen seinen Nachfolger Schlierer, weil der sich der Vereinigung widersetzt und verkündet bereits die Europawahl als die nächste und letzte Chance zur Einigung. Als Märtyrer aufgeboten wird der Rechtsaußen-Professor Robert Hepp, dessen Beitrag in einer Diwald-Festschrift wegen Volksverhetzung verboten wurde. Gescholten wird die FAZ („seltsame Moral“) weil sie sich der Erinnerungsanzeigen für im Krieg Gefallene erwehrt, indem sie den Abdruck inzwischen verweigert, wenn politische Meinungsäußerungen (deren Ausrichtung kaum zweifelhaft ist) enthalten sind. Nachdruckt ist eine in der „Deutschen Presse“ (Toronto/Kanada) erschienene Anzeige, in der vor „Meinungsunfreiheit“ in Deutschland gewarnt wird. Als Beispiel wird der Versuch genannt, ein Ermittlungsverfahren gegen Le Pen einzuleiten. (khr)

Bücherschau

Kein Präventivschlag

Präventivkrieg oder Überfall - zwischen diesen beiden Bewertungen schwankt die Interpretation des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion von 1941 („Unternehmen Barbarossa“) in Öffentlichkeit und Wissenschaft hin und her. Mehrheitlich sahen Historiker lange Zeit das „Unternehmen Barbarossa“ als klassischen Fall eines Angriffskrieges von Seiten Hitler-Deutschlands an. Seit Mitte der 80er Jahre mehren sich Veröffentlichungen von Publizisten und Wissenschaftlern, die unter dem Beifall von Rechtsextremisten ein anderes Bild zeichnen: Sie gehen davon aus, daß Stalin aufgrund einer langfristig angelegten Strategie einen Angriffskrieg plante und Hitler lediglich ein Faktor in dessen weltpolitischem Kalkül dargestellt haben soll. Der kritischen Auseinandersetzung mit diesen Auffassungen widmen sich die Autoren des von dem deutschen Historiker Gerd R. Ueberschär und dem russischen Historiker Lev A. Bezymenskij herausgegebenen Sammelbandes „Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese“.

Aufgegliedert ist der Band in drei Teile: Zunächst geht es um die militärisch-politische Entwicklung aus deutscher Sicht mit drei Beiträgen von Ueberschär selbst und zwar über die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1939 bis 1941 und Hitlers Entschluß zum Überfall auf die UdSSR, die militärischen Planungen für den Angriff auf die Sowjetunion und die Bewertungen in der deutschen Geschichtsschreibung und bei den Anhängern der neueren „Präventivkriegsthese“ zu Hitlers Überfall und Stalins Absichten. Ergänzt werden diese Aufsätze noch durch Ausführungen von Wolfram Wette über die NS-Propagandathese vom angeblichen Präventivkriegscharakter des Überfalls und von Wigbert Benz zur Darstellung des 22. Juni 1941 und seiner Vorgeschichte im Geschichtsunterricht der Bundesrepublik Deutschland. Der zweite Teil widmet sich der militärisch-politischen Entwicklung aus sowjetischer Sicht und enthält Beiträge von Michail I. Semirjaga über die sowjetisch-deutschen Beziehungen 1939-1941 aus der Sicht Moskaus, von Nikolaj M. Romanicevs über militärische Pläne eines Gegenschlages der UdSSR, von Lev A. Bezymenskij über die Erkenntnisse und das Wirken des sowjetischen Nachrichtendienstes zur Zeit des Kriegsbeginns 1941

und von Alexander I. Boroznjak über die gegenwärtige Debatte unter russischen Historikern zum Charakter des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion. Der dritte Teil präsentiert dann noch eine umfangreiche Sammlung von kommentierenden Dokumenten sowohl zu Hitlers als auch Stalins politischen Zielen, wozu u.a. auch die kontrovers diskutierte Rede Stalins vom 5. Mai 1941 gehört. Mit ihren Analysen nehmen die Autoren in den einleitenden Worten der Herausgeber wie folgt Stellung „zur Frage nach dem Charakter des deutschen Angriffskrieges und der unbewiesenen These vom Präventivschlag; denn das ‘Unternehmen Barbarossa’ war für die NS-Führung kein Präventivkrieg, und es gab vor dem Juni 1941 auch keine konkreten Angriffsvorbereitungen der Moskauer Führung, die mit denen des deutschen Generalstabes vergleichbar sind. Es gibt somit - auch nach Öffnung der Moskauer Archive - keine konkreten Beweise, daß ein Angriff der Sowjetunion auf Deutschland im Sommer 1941 geplant war. Die Quellen dokumentieren eindeutig die Zurückweisung der Präventivkriegsthese. Sie zeigen zugleich, daß sich die Führung der Roten Armee angesichts des deutschen Aufmarschs seit Spätsommer 1940 sehr wohl um entsprechende Abwehrmaßnahmen und Verteidigungsvorkommen bemühte. Sie scheiterten allerdings an Stalins Ablehnung, was für die Sowjetunion insgesamt verhängnisvolle Folgen hatte“ (S.IX).

Mit dem Sammelband haben die Herausgeber ein informatives und materialreiches deutsch-russisches Gemeinschaftswerk von Historikern zu einem aktuellen und umstrittenen Thema vorgelegt. Während insbesondere die deutschen Autoren mehrheitlich Auffassungen und Darstellungen wiederholen, welche bereits in den vergangenen Jahren an anderen Orten publiziert wurden, gehen die russischen Historiker stärker auf aktuellere Diskussionen und Erkenntnisse ein. Dabei verdienen insbesondere jene Aspekte ein besonderes Interesse, die auch immer wieder von den Anhängern der Präventivkriegsthese vorgetragen werden. So verweisen etwa mehrere Autoren darauf, daß er in diesem Zusammenhang häufig erwähnte Präventivkriegsplan von Marschall Timosenko und General Zukov vom 15. Mai 1941 von Stalin abgelehnt wurde und somit als Beleg für deren Auffassungen überhaupt nicht herangezogen werden kann.

Armin Pfahl-Traugher

Gerd R. Ueberschär/Lev A. Bezymenskij (Hrsg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivschlagsthese, Darmstadt 1998 (Primus-Verlag), 291 S., 49,80 DM

Meldungen**Inland**

■ **Bad-Segeberg** - Die „Republikaner“ in Schleswig-Holstein haben einen neuen Landesvorsitzenden. Es ist Gerd-R. Kaczinski aus Oersdorf (Kreis Segeberg). Kaczinski ist zugleich der Beauftragte für die Region Segeberg von der Initiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“. Die Partei steckt mitten in ihrem Wahlkampf. In Eutin ließ sie ihren Stand von Lübecker „Jungen Nationaldemokraten“, darunter Jürgen Gerg, der zuletzt bei den Kommunalwahlen für das „Bündnis Rechts für Lübeck“ in Erscheinung trat, sichern. Außerdem wurde gesehen am „Republikaner“-Stand: Thekla Kosche aus Bad Segeberg, dort Mailbox-Betreiberin für die Neonazi-Szene.

■ **Berlin/München** - Nach ihrem Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt sucht sich die DVU offensichtlich mehr und mehr als rechte Sammlungsbewegung zu profilieren. Nach Informationen der „Berliner Zeitung“ befinden sich unter den Kandidaten der DVU für die Bundestagswahlen am 27. September ehemals führende REP-Funktionäre (Franz Schönhuber, Rudolf Krause, Otmar Wallner, der Ex-Vorsitzende des REP-Schiedsgerichts Hartmut Koch) sowie eine Reihe langjähriger rechter Aktivisten. Bundestagskandidat der DVU in Bayern ist der rechtsextreme Publizist Rolf-Josef Eibicht, der bisher der NPD nahestand. Eibicht ist Autor für rechtsextreme Strategiezeitschriften wie „Nation+Europa“ und „Europa Vorn“. Spitzenkandidat der DVU in Schleswig-Holstein ist der Hamburger Rechtsanwalt Klaus Sojka, der seit Jahren zum Schulteranschluß der „deutschen Rechten“ aufruft.

■ **Bonn** - Der Bundeswahlleiter hat am 17. Juli in Bonn bekanntgegeben, welche Parteien nach vorläufigem Stand zur Bundestagswahl im September zugelassen sind. An rechten, bzw. ultrarechten bis rechtsextremen Formationen sind neben DVU, NPD, „Republikaner“ und „Bund Freier Bürger“ mit von der Partie u.a.: „Deutsche Zentrums-Partei“, „Christliche Mitte“, „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“, „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“, „Freisoziale Union“, „Demokratische Partei des Rechts“, „Partei Bibeltreuer Christen“, „Deutschland Partei“, „Freiheitliche Partei Deutschlands“, „Deutsche Soziale Union“, „Freie deutsche Volkspartei“, „Die Mittelstandspartei“, „National Sozial-

istische Partei Deutschlands“, „Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands“, „Partei für Ordnung-Recht-Gesundheit“, „Unternehmen Deutschland... eine Partei für alle“ sowie die „Unabhängige Arbeiter-Partei“.

■ **Freising** - Der bundesweit bekannte „Tonträgervertrieb“ des NPD/JN-Funktionärs Jens Pühse aus Freising/Oberbayern hat sich mit dem „Deutsche Stimme-Verlag“ der NPD zusammengeschlossen. Der Vertrieb, der rechtsextreme CDs, T-Shirts, Videos usw. vertreibt, war auch schon bei dem zwischenzeitlich verbotenen „Nationalistischen Block“ beheimatet.

■ **Gotha** - Das „Nationale Infotelefon der NPD Thüringen“ teilt mit, daß auch im Bundesland Thüringen „immer mehr Bürger“ in die NPD eintreten. Erwartet wird demnächst die 500ste Neuaufnahme in Thüringen. Als Preis dafür ist eine Fahrt zum Falangistentreffen nach Spanien im November ausgesetzt. In der Innenstadt von Madrid gedenken alljährlich Tausende von Rechtsextremisten der Todestage des spanischen Diktators Francisco Franco und des Falange-Gründers Jose Antonio Primo de Rivera.

■ **Hamburg** - Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender des rechtsextremen Vereins „Die Deutschen Konservativen“, hat in einem internen Rundschreiben angekündigt, die letzten Wochen vor der Bundestagswahl für eine Anti-SPD-Kampagne nutzen zu wollen. Mit der Anzeige einer „Aktion für Deutschland“ in der FAZ (18. Juni) und im Bielefelder „Westfalen-Blatt“ (13. Juni), in der Heinrich Lummer (CDU-MdB) eine „Volksfront-Regierung aus Rot-Grün und PDS“ als Schreckensvision an die Wand malt, habe man seit Bestehen der „Deutschen Konservativen“ die bisher größte Resonanz in der Bevölkerung erreicht. Die Anzeige habe, so Siegerist, „in der SPD-Zentrale eingeschlagen wie eine Bombe.“ Siegerist glaubt weiterhin zu wissen: „Härter kann man Schröder kaum treffen. Noch sind die Wahlen nicht gelaufen. Bei aller Kritik an Kohl: Aber ich will keinen Schuldenmacher Lafontaine als Finanzminister - und keinen Früh-Kommunisten Trittin als Bundesminister ... und das vielleicht alles noch mit Hilfe der Mauermörder-Nachfolgepartei PDS.“

■ **Hamburg** - Angaben des „Nationalen Infotelefon“ des Hamburger Neonazis Andre Goertz zufolge befinden sich unter den Gründungsmitgliedern des wirtschaftspolitischen Ausschusses der NPD

„vor allem Personen, die aus sozialistischen Zusammenhängen stammen“. Insbesondere in Sachsen soll dies zu einer politischen Änderung in den Aussagen der NPD geführt haben. In einem jetzt verbreiteten Flugblatt mit dem Titel „Sachsen braucht die NPD - die NPD will Sachsen“ spricht die NPD von einem „kapitalistischen Extremismus“, den sie bekämpfen wolle. Man wolle ein „politisches Bollwerk gegen den globalen Internationalismus des Großkapitals“ sein. Zu den Vertretern des Großkapitals zählt die NPD neben den etablierten Parteien auch die „Republikaner“ und die DVU, weshalb es mit ihnen keine Gemeinsamkeit gebe.

■ **Langen** - Das „Nationale Infotelefon Rheinland“ macht Werbung für die Broschüre „Schriften wider den Zeitgeist“. Autor des Blättchens ist der ehemalige Stellvertreter von Michael Kühnen, Thomas Brehl. Nachdem sich Brehl über mehrere Jahre hinweg in der Neonazi-Szene öffentlichkeitswirksam kaum bemerkbar machte, entwickelt er seit einigen Monaten wieder verstärkt diesbezügliche Aktivitäten. Zu beziehen ist seine neue Schrift über Sven Schlehta im bayerischen Schwabach. Schlehta war u.a. Kontoinhaber der „Nationalen Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“ und presserechtlich Verantwortlicher eines Flugblattes der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige.“

■ **Mainz** - In der aktuellen Ausgabe der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) findet sich eine neue „Schwarze Liste“ der säumigen HNG-Beitragszahler. Ein erheblicher Teil der 15 aufgeführten Personen wurde bereits auf der Februar-Liste aufgeführt. Unter dem mehr als ein Dutzend Neonazis mit besonders schlechter Zahlungsmoral befindet sich aktuell auch der 26jährige Michael Petri, einstiger Anführer der inzwischen inaktiven ambitionierten neonazistischen Kleinstorganisation „Deutsche Nationalisten“. Petri hatte schon beim Koblenzer Prozeß wegen Fortführung der verbotenen „Deutschen Alternative“ von 1995 seinen Ausstieg aus der Szene kundgetan. Dennoch taucht er erst jetzt mit mehrjähriger Verzögerung als Beitragssäumiger der HNG auf. Für die Zukunft droht die HNG mit noch rigideren Maßnahmen gegenüber säumigen Mitgliedern. „Wer im Rückstand ist, wird zukünftig nicht mehr gemahnt, sondern erscheint gleich in der schwarzen Liste“. Die presserechtliche Verantwortlichkeit des 20seitigen Periodikums liegt weiterhin bei dem am 30. Mai verhafteten Christian Wendt. „Die Juni-Ausgabe der

HNG-Nachrichten mußte erst auf dem PC von Christian Wendt gefunden und fertiggestellt werden.“

■ **Neu-Ulm** - Der revanchistische „Witiko-Bund“ will vom 2. bis zum 4. Oktober im bayerischen Neu-Ulm sein Jahrestreffen abhalten. In der neuesten Ausgabe des „Witikobriefs“, dem „Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft“, wird eine „Ehegatten-Mitgliedschaft“ zu einem stark ermäßigten Beitrag „zur Stärkung unserer Gemeinschaft“ angeboten. Offenkundiges Ziel ist es, die Zahl der Mitglieder zu erhöhen und mehr Geld in die klamme Kasse zu bekommen: „Bisher beitragsfrei geführte Ehefrauen werden angeschrieben und erhalten einen ‘Aufnahmeantrag für Ehegatten’“.

■ **Stuttgart** - Zu einer „Deutschlandspende 1998“ rufen derzeit in einem Rundschreiben der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Bundesschatzmeister Erwin Kemna auf. Der NPD-Parteivorstand bittet um „größtmögliche Spenden“ im Vorfeld von Bundestagswahl und der Landtagswahl („Schwerpunktwahlkampf“) in Mecklenburg-Vorpommern. In dem Bettelbrief stellt die NPD ihr „Drei-Säulen-Konzept“, den „Kampf um die Straße - Kampf um die Köpfe - Kampf um die Parlamente“, kurz vor. Der Vorstand der „Nationaldemokraten“ konstatiert eine „erfreuliche Aufwärtsentwicklung“ für die eigene Partei: „Die NPD als führende Kraft des nationalen Widerstandes ist in aller Munde und wird zunehmend als die Alternative zum liberalkapitalistischen System anerkannt“.

■ **Schwarzenborn/Knüll** - Manfred Roeder (69) gibt in seinem neuesten Rundbrief seine Kandidatur für die NPD zur Bundestagswahl am 27. September bekannt. Der vorbestrafte Rechtsterrorist Roeder tritt als Wahlkreiskandidat im mecklenburg-vorpommerschen Wahlkreis Rügen-Stralsund-Grimmen an. „Und wenn ich dort die meisten Stimmen bekomme, marschiere ich in den Bundestag, unabhängig davon, wieviele Prozente die Partei insgesamt erhält.“ Einen eventuellen Einzug der NPD in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl („alle rechnen damit, daß NPD mit über acht Prozent in den Landtag einzieht“) sieht Roeder als „Beginn der Götterdämmerung für das antideutsche Lügensystem. Für uns ist es die Morgenröte einer neuen Zeit.“ Roeder ruft in dem Rundschreiben auch zu Spenden zugunsten seiner Kandidatur auf, denn „wir schlagen die zweite Hermannschlacht. Wir, Retter Germaniens, werden zusam-

menstehen, alles einsetzen und unser geknechtetes Vaterland befreien.“

■ **Weinheim** - Das Amtsgericht Weinheim verurteilte Mitte Juli den 16jährigen Andreas G. wegen Volksverhetzung zu einer zehnmonatigen Jugendstrafe auf Vorbewährung. Der Skinhead erstellte und verbreitete das Skinzine „Der Nordmann“. In dessen erster Ausgabe war u.a. ein mehrseitiges Interview mit Ursel Müller, der HNG-Vorsitzenden - G. ist selbst Mitglied - ,enthalten. Das Titelblatt der Nummer 1 von „Der Nordmann“ schmückte ein verummumter Skinhead mit einer Pumpgun. Am Arm trägt die martialische Figur eine Hakenkreuzbinde.

■ **Wismar/Schwerin** - Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der DVU hat auf einem Landesparteitag in Wismar den 22jährigen Studenten Sven Elske zum Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 27. September bestimmt. Die nach Angabe der Münchner DVU-Parteizentrale 24 Kandidaten umfassende Landesliste muß bis 10. August beim Landeswahlleiter eingereicht sind. Einem Bericht des NDR zufolge soll die auf Listenplatz 4 kandidierende Edith Happel gesagt haben, daß sich unter den Kandidaten ihrer Partei sehr viele befänden, „die etwas mit der Wehrmacht zu tun hatten“. Laut einer Meldung von „Bild am Sonntag“ muß sich Frau Happel voraussichtlich wegen zahlreicher Straftaten vor der Justiz verantworten.

Ausland

■ **Argentinien (Buenos Aires)** - Die argentinische Regierung will auch die Ehefrau des vor wenigen Wochen wegen Kriegsverbrechen an Kroatien ausgelieferten KZ-Kommandanten Sakic der Justiz überstellen. Der 72jährigen, die von 1942 bis 1943 der faschistischen kroatischen Ustascha angehört haben soll, wird vorgeworfen, an Folterungen und Morden an Frauen im KZ Stara Gradiska beteiligt gewesen zu sein. Kroatien will von Argentinien die Auslieferung der mutmaßlichen Kriegsverbrecherin beantragen. Ein entsprechendes Verfahren soll Agenturmeldungen zufolge eingeleitet worden sein.

■ **Dänemark (Kopenhagen)** - Für den diesjährigen „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ liegt bislang lediglich eine Veranstaltungs-Ankündigung in Dänemark vor. Für den 15. August planen Angehörige der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB) und norwegische Neonazis einen Aufmarsch in Greve nahe Kopenhagen. Im vergangenen Jahr endete das Jubiläumsjahr anlässlich des

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

zehnten Todestages von Rudolf Hess für die bundesdeutsche Neonazi-Szene mit einem Fiasko im niedersächsischen Königslutter. Nach nur wenigen Metern wurden die marschierenden Neonazis bei ihrem verbotenen Treiben von der Polizei am Domplatz zu Königslutter festgenommen.

■ **Schweiz (Baden)** - Die bekannten Schweizer Revisionisten Jürgen Graf und Gerhard Förster (vgl. BNR 8/98) wurden vom Bezirksgericht Baden (Kanton Aargau) zu Gefängnisstrafen von 15 bzw. 12 Monaten verurteilt. Zusätzlich verhängte das Gericht gegen die beiden Holocaust-Leugner Geldstrafen in Höhe von umgerechnet je 10.000 Mark.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidmarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto